

Die Herrschaft des Islamischen Staates ... Es gilt, Grenzen zu setzen



Prof. Dr. Christine
Schürmacher,
Islamwissenschaftlerin,
Universität Bonn¹

Derzeit werden wir Zeitzeugen massiver Umwälzungen in Nahost: Manche sprechen von einer Implosion, andere von einer „Kernschmelze“: Zahlreiche Staaten des Nahen Ostens sind in Aufruhr, andere in Auflösung begriffen oder unmittelbar davon bedroht. Einige fallen nicht mehr nur in die Kategorie der „schwachen“ Staaten, sondern sind bereits „gescheiterte“ Staaten, in denen die Regierung das Gewaltmonopol de facto an rivalisierende politische oder religiöse Gruppen abgeben musste.

Aus dem „Arabischen Frühling“ ist der „Arabische Albtraum“ geworden – die Entwicklung des IS

Der sogenannte „Islamische Staat“ ist heute einer der Hauptakteure, die sich den Staatszerfall des Irak und das sich in Syrien nach den Aufständen des Arabischen Frühlings ergebende Machtvakuum zunutze gemacht haben, um in dieser

Region ein „Kalifat“ auszurufen. Dabei entstand der IS nicht erst 2011, sondern geht in seinen Anfängen schon auf das Jahr 2000 zurück. In diesem Jahr hatte Musab az-Zarqawi aus der jordanischen Stadt Zarqa, der schon während des Afghanistan-Krieges einige Kämpfer in einer Gruppe namens „Tauhid“ (Einheit Gottes) um sich geschart hatte, eine eigene Organisation gegründet, die er kurze Zeit später erst in den Iran, dann in den Irak verlegte. Ab 2003 kämpfte Zarqawi dort gegen die amerikanischen Streitkräfte und schloss sich 2004 – er nannte seine Gruppe nun „at-Tauhid wa-l-Jihad“ („Die Einheit Gottes und der Jihad“) – durch die Ableistung eines Treueeids auf Osama bin Laden der Organisation al-Qaida an. Er wurde zum Führer von „al-Qaida im Irak“ (AQI) ernannt und verübte vor allem gegen irakische Schiiten mehrere Attentate. 2006 starb az-Zarqawi infolge eines US-amerikanischen Luftschlags; 2007 wurde die von ihm gegründete Organisation deutlich schwächer, bis sie etwa 2011 unter Abu Bakr al-Baghdadi, der 2014 die öffentliche Huldigung und den Treueeid seiner Gefolgsleute als „Kalif“ entgegennahm, erneut erstarkte.

Da in Syrien einerseits durch den Bürgerkrieg ab 2011 die Lage unübersichtlich geworden und die staatliche Kontrolle allenfalls noch in Teilen des Landes aufrechterhalten werden konnte und da im

Irak sich über Jahre eine immer massivere Abwehrfront unter Sunniten und Kurden gegen die seit 2006 amtierende Regierung des schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki im Irak gebildet hatte, konnte der – mittlerweile von al-Qaida ausgeschlossene – „Islamische Staat“ (IS), wie er sich nun nannte, 2014 schließlich unter Anwendung brachialer Gewalt nach und nach ein Gebiet immensen Ausmaßes erobern. Er konnte ein „Kalifat“ etablieren und mit Grausamkeiten und Gewalttaten wie Folterungen von Kriegsgefangenen, Hinrichtungen von Abtrünnigen sowie der Vergewaltigung, dem Verkauf und der Versklavung insbesondere jesidischer Mädchen und Frauen und der gezielten Verfolgung von Christen eine Schreckensherrschaft errichten und die Aufrichtung einer „wahren“ islamischen Herrschaft und danach die Eroberung der ganzen Welt ankündigen.

Die Einnahmen des IS stammen aus dem Verkauf von Erdöl, umfangreichen Plünderungen der eroberten Städte und ihrer Kunstschatze, dem Menschenhandel, Schutzgeld- und Lösegelderpressungen sowie dem Sklavenverkauf – für den der IS offizielle Preise festgesetzt hat – sowie Spenden von Einzelpersonlichkeiten und Stiftungen, vor allem von der Arabischen Halbinsel. Das alles machte den IS mit einem Milliardenvermögen zur wohlhabendsten Terrororganisation der Erde und

damit weitestgehend unabhängig von anderweitigen Geldquellen.

Anknüpfungen an die frühislamische Geschichte ...

Das neue Pseudostaatsgebilde des Kalifats knüpft an die frühislamische Geschichte: Als Mohammad 632 n. Chr. starb, hatte er keine Nachfolgeregelung getroffen. Schnell bildeten sich unter seinen Anhängern zwei Hauptgruppierungen heraus: Eine Mehrheit, die wir später als „sunnitisch“ bezeichnen und die Minderzahl der Schiiten, die heute rund 15 Prozent der Muslime weltweit ausmacht. Beide Gruppen differieren u. a. darin, wer zur Herrschaft berechtigt ist und wie ein islamischer Staat zu regieren sei. Die Sunniten setzten sich in der Frühzeit des Islam machtpolitisch durch und etablierten das Kalifat, das erst 1923/24 durch den Staatsgründer der Türkischen Republik, Kemal Atatürk, abgeschafft wurde. Von Teilen der islamischen Gemeinschaft wurde diese Abschaffung des Kalifats als Trauma begriffen. Es hat im Laufe der Geschichte nicht an – letztlich erfolglosen – Versuchen gemangelt, das Kalifat erneut zu begründen.

Zieht man die außerordentlich große Attraktivität des IS in Betracht, dessen Propagandamaschinerie offensichtlich in der Lage ist, Tausende von jungen Menschen aus den arabischen Ländern und Asien, aber auch aus Europa für den Kampf zur Aufrichtung des „wahren“ Islam zu begeistern, dann spielt diese Geschichte des Verlustes des Kalifats mit eine Rolle. Wenn der IS im Irak vor den Toren von Bagdad steht und die Eroberung eines Gebietes proklamiert, das von Jerusalem (ein Symbol des im politischen Islam verhassten Judentums) über den Vatikan reicht (ein Symbol des im Extremismus ebenso verhassten Christentums) bis nach Spanien (ein Symbol für die unrechtmäßige Rückeroberung eines ehemals islamischen Gebietes), dann knüpft er an die Vorstellung der Institution einer „islamischen“ Herrschaftsordnung an, die mit Gründung der Türkischen Republik durch Kemal Atatürk 1923/24 endgültig abgeschafft wurde. So formulierte der „Kalif“ des IS, Abu Bakr al-Bagdadi:

„Warum kämpfen wir? Oder anders gesagt: Was ist es, was wir durch den Dschihad erreichen wollen? Jeder Muslim muss

die Antwort auf diese Frage kennen und sie richtig verstehen ... Dafür ist die folgende Erkenntnis unumgänglich: als Allererstes ist es notwendig, zu verstehen, dass der Islam die Religion der Barmherzigkeit ist. Das Ziel seiner Offenbarung ist die Rechtleitung der Menschheit und ihr Ausgang aus dem Dunkel in das Licht und zur Scharia ... des Islam und seiner Barmherzigkeit – um nämlich den Irregegangenen auf den rechten Weg zu führen ... Dafür ist wiederum das Folgende notwendig ... Das höchste Wort in der Welt muss der Scharia des Islam und seiner gerechten Ordnung gelten. Wie schon der Scheich des Islam ... Ibn Taimiyya gesagt hat: „Das durch die Sendung des Propheten Beabsichtigte ist die Abschaffung des Unglaubens und des Polytheismus auf der Erde“.²

... und seine Auswirkungen auf Europa – Menschen streben die Freiheit an

Die gegenwärtigen Proteste gegen die autokratischen Regime und die daraus folgende Krise in der Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung in Nahost betreffen Europa unmittelbar. Die problematischen Folgen von Extremismus und Jihadismus im Nahen Osten liegen nicht nur in der Attraktivität für Ausreisende in das Gebiet des IS. Sie beschränken sich auch nicht nur auf die Tatsache, dass Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten nach Europa fliehen, und zwar vor der dortigen Perspektivlosigkeit, vor Despoten und einem versagenden Bildungssystem, vor einer katastrophalen wirtschaftlichen Minderentwicklung sowie Korruption und Klientelismus. Viel schlimmer ist – und viel schwerer korrigierbar wird es sein

– dass sie auch vor Unfreiheit und Unterdrückung, vor weithin fehlender Meinungs-, politischer und Religionsfreiheit fliehen, woran sich seit dem Arabischen Frühling nichts geändert hat. Freiheit war eine der zentralen Forderungen der Protestierenden während des Arabischen Frühlings 2011.

Diese Unfreiheit entsteht politisch durch autokratisch regierende Systeme zwischen Militär, Stammeseliten und Geheimdiensten, die sich auf eine enge Verzahnung von Politik und Religion in diesen Gesellschaften stützen und bei denen das religiöse Establishment von der Legitimierung und Stützung des politischen Systems selbst profitiert. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass die Ausrichtung der an Moscheen und Universitäten etablierten islamischen Theologie etwa im 10. Jahrhundert n. Chr. festgelegt und seitdem nicht grundlegend reformiert wurde.

Und so fordert das auf die Rechtsverhältnisse der Arabischen Halbinsel im 7. Jahrhundert n. Chr. zurückgehende Schariarecht auch heute noch die rechtliche Benachteiligung von Frauen und religiösen Minderheiten, die Todesstrafe bei Abfall vom Islam und die Anwendung von Körperstrafen (Auspeitschung, Hinrichtung, Amputation) bei Unmoral, Ehebruch oder Diebstahl, ohne dass die etablierte Theologie diese Strafen jemals für grundsätzlich abgeschafft erklärt hätte. Zwar sind diese Strafen nur in einigen wenigen Ländern (vor allem in Iran, Saudi-Arabien, Jemen, Mauretanien) im Rechtssystem verankert. Dennoch hält die etablierte Theologie grundsätzlich an ihrer Berechtigung fest. Teilweise nehmen Extremisten – etwa durch Hin-



Die etablierte Theologie lehnt bis heute eine kritische Auseinandersetzung mit dem Koran-
text ab

richtung von Konvertiten oder Atheisten – das Recht selbst in die Hand, wenn sie der Meinung sind, dass das Schariarecht dies verlange, aber staatliches Recht diese „Vergehen“ nicht ahnde.

Für Europa bedeutet das, dass ein konservativer bis islamistisch ausgerichteter Islam in die westlichen Demokratien hineinwirkt. Dies geschieht durch die verschiedenen, hier etablierten Organisationen personell, finanziell und als Ideengeber, durch die – teilweise mit Touristenvisum eingereisten – Prediger, über Internet und Buchveröffentlichungen.

Aus dem Nahen Osten kann eine freiheitsorientierte Islaminterpretation nicht kommen, denn sie wird dort an keiner einzigen Moschee oder Universität gelehrt. Aufgrund dieser Abhängigkeiten reagieren die einem Schariaislam verpflichteten konservativen Kräfte höchst allergisch auf die Etablierung einer demokratiekompatiblen islamischen Theologie an den Islamischen Fakultäten in Deutschland. Drohungen, Verunglimpfungen und Druck richten sich immer wieder auch gegen einzelne muslimische Stimmen, die Aufklärung und Distanzierung von einem politischen Islam anmahnen.

Die theologische Krise des Nahen Ostens ist daher auch eine theologische Krise des Islam in Europa. Und ein Islam, der Muhammad nicht nur in seiner Religion, sondern auch in seinem politischen Handeln, seiner Gesetzgebung und – wie jihadistische Gruppierungen vertreten – seiner Kriegführung folgen will, kann nicht mit der Demokratie versöhnt werden.

Aber ebenso wenig ein Islam, der nicht zur Ausübung von Gewalt aufruft, aber zur politischen Durchsetzung des Islam und die klassische Interpretation des Schariarechts als verbindlich betrachtet: Diese in der Mitte der Theologie etablierte klassische Auslegung des Schariarechts sieht für



Muhammads Wohnhaus in Medina soll die erste Moschee gewesen sein, Ort der Predigt und der Politik

Frauen nur verminderte Rechte vor, für „Abgefallene“ vom Islam (Atheisten, Konvertiten) die Todesstrafe und für Juden und Christen den Status von Unterworfenen. Wer die von Muhammad in Medina etablierte Theokratie als unaufgebbares Vorbild für die Gegenwart betrachtet, für den kann eine Demokratie nur eine vorübergehende Notlösung sein, mit der man vorübergehend vielleicht einen „Vertrag“ schließen kann, die es jedoch langfristig durch eine (wie auch immer gestaltete islamische Ordnung) abzulösen gilt.

Es gilt, all diejenigen Kräfte zu stärken, die einen demokratie- und freiheitskompatiblen Islam leben und begründen, aber all denjenigen Grenzen zu setzen, die die

Demokratie dem Schariarecht nachordnen möchten. Zwischen „Islam“ und „politischem Islam“ sollte in Politik und Gesellschaft sorgfältiger und kenntnisreicher unterschieden werden. Denn von allen Bürgern, religiös oder nicht religiös, kann ein Bekenntnis zu und aktives Eintreten für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Freiheits- und Gleichheitsrechte gefordert werden – und sollte es auch. ◀

¹ Der Vortrag wurde auf der Fachtagung Kripo International 2016 in Brüssel von der Autorin gehalten. Die Autorin ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des BDK.

² Abu Hamza al-Baghdadi. Warum kämpfen wir? Und gegen wen kämpfen wir? Zitiert nach Yassin Musharbash, Die neue Al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2006, S. 28.